

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

45 Abonnementpreis: Mt. 1.— für das Vierteljahr. Gotha, 9. November 1919 3 Hefen 75 Pfg. die einseitige Textseite. 33. Jahrg.
Zu beziehen durch alle Postanstalten. (Verbands-Nr. 173.) 3 Hefen 75 Pfg. die einseitige Textseite. 33. Jahrg.
Vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

30tägige Auflage des Schuhmacher-Fachblattes 89 000!

Inhalts-Verzeichnis.

Zentrale Tarifverhandlungen. — Wann und des Be-
strebens? — Sozialisierung in Wort und
Tat. — Die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal
1919. — Die Arbeiterkassen im Jahre 1919.
— Die Schuhindustrie in Holland. — Schuh-
industrie in Argentinien. — Aus unserm
— Mitteilungen. — Verbandenachrichten. — Vom
— Verbands-Anschluß. — Verbands-Kalender. —
—

Zentrale Tarifverhandlungen.

Am Donnerstag und Freitag voriger Woche fanden
in a. M. zwischen den Arbeitnehmer- und
Arbeitgeber-Vertretern der Schuhindustrie Verhandlungen
über die Lohnfrage statt. Nach langen Bemühungen
wurde eine Verständigung erzielt.
Die bisherigen Vertragsbedingungen und Generallohn-
verträge in den Lohn eingerechnet und die so-
genannte Lohnsumme für alle über 18 Jahre alten
Männer und Arbeiterinnen ab erste November-Lohn-
steigerung um 40, für alle unter 18 Jahre alten um 35 Prozent
in der ersten Oktober gewährt. Zulagen können
die Lohnsteigerungen angerechnet werden, jedoch
nicht in diesen Fällen die Lohnsumme um
5 Prozent erhöhen. Die Rentenregelung bleibt
unverändert. In den Unternehmen empfohlen werden,
einmalige Lohnbeispiele nach folgenden Grund-
sätzen:

Ortsklasse	5 und 6	3	2 und 1
18 Jahre	Mt. 80.—	91.—	101.—
19 Jahre	110.—	120.—	130.—
20 Jahre	160.—	170.—	180.—
21 Jahre	200.—	225.—	250.—

Die jedes Kind in allen Ortsklassen Mt. 30.—
zu 18 Jahren wird die auszu zahlende Summe dem
über die Lohnsumme ausgerechnet. Die seit 1. April
einmalige Lohnbeispiele kann auf diese
angewandt werden.
Die Ausführung von sich nach diesen Abmachungen die
in einzelnen zu gehalten haben erfolgt in der
Nummer des Fachblattes.

Wann und das Betriebsrätegesetz befriedigen?

Der Nationalhaushalt in Weimar ist noch kurz vor sei-
ner Beendigung ein Entwurf über die Betriebsräte-
gesetze und beraten worden. Der größte Teil der
Arbeiterschaft bringt diesem Entwurf viel zu wenig
entgegen, trotzdem gerade in diesem Gesetz die
wichtigsten wirtschaftlichen Gebiete ihren Niederschlag
finden. Wenn man nun die Frage aufwirft: kann die
Arbeiterschaft mit dem Gesetz sich abfinden, so muß man sich
klar sein darüber, was braucht die Arbeiterschaft und
welcher ihr revolutionärer Teil, um zum Sozialismus
zu kommen?

Die Frage der Sozialisierung ist nicht nur eine Rechts-
frage, sondern auch ganz besonders eine Organisa-
tionsfrage, auch zu einem gewissen Grade eine Willensfrage.
November wird es ein Jahr, daß die deutsche Arbeit-
erschaft die Arbeit in den Händen hatte, um die Frage der
Sozialisierung ihrer Lösung näher zu bringen, es fehlte ihr
jedoch das notwendige Moment am Willen und auch zum gro-
ßen Teil an der Erkenntnis, welche Wege sie nun gehen
mußte, und in ihrer Unkenntnis der Dinge nach der
Nationalversammlung, d. h. nach dem Bürgerum um Hilfe
suchte ein trautes Beispiel, wie wenig Energie und
die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit befaßt
die Augen der ganzen arbeitenden Welt auf sie ge-
richtet.

Der Sozialismus ist an ökonomische Bedingungen und
Entwicklungen geknüpft, hätte ich viele sagen; stimmt das
überhaupt? Das zweite Argument. Wir müssen die
Welt des Volkes haben, um zum Sozialismus zu kom-
men. Der Sozialismus ist an ökonomische Bedingun-

gen gebunden, und ohne sie ist keine Vermittlung
möglich, aber wir dürfen uns nicht der Meinung hin-
geben, als wenn uns dann die sozialistische Produktions-
weise über Nacht in den Schoß fallen würde. So wie zum
Beispiel die Regierung glaube, man könnte einfach mit gro-
ßen Plakaten, auf denen in großen Lettern die Worte
proklamieren, die „Sozialisierung ist da“, sozialisieren, so geht
die Sache nicht!

Um zur sozialistischen Wirtschaftsweise zu kommen, brau-
chen wir die große Masse, der im Produktionsleben tätigen
Kopf- und Handarbeiter, und eine Organisationsform, in
der beide Teile ihr Bestes für diese Wirtschaftsweise her-
geben können. Ohne daß das Proletariat diese Organisa-
tionsform gefunden hat, wird es immer vor dem Gorbischen
Knoten stehen, den zu zerhacken es nicht imstande ist.

Die Organisationsform scheint mir in den Betriebs-
räten gefunden zu sein, aber nicht in den Betriebsräten, die
die Regierungswürde vorziehen, hier handelt es sich nur
um die Reorganisation der Arbeiter-Ausschüsse. In den
Betriebsräten müßten alle entschieden den Sozialismus wol-
lenden Kopf- und Handarbeiter vereinigt werden zum
gemeinsamen Aufbau der sozialistischen Produktionsweise.
Und zwar müßte dieser organische Aufbau der Organisation
an der Urzelle, den Fabriken und Betrieben, beginnen und
hinausführen zu einem Reichswirtschaftsamt. Die im Pro-
duktionsleben tätigen Menschen müßten nach Industrien und
Berufsgruppen gegliedert werden nach folgendenmaßen:
Landwirtschaft, Bergbau, Stein- und Zementindustrie, Metall-,
Chemische, Textil-, Papier-, Leder- und Holzindustrie, Nah-
rungsmittel- und Genussmittel, Banken und Handel, Verkehrs-
wesen, Staats-, Kommunalbeamte u. Arbeiter, freie Berufe.

Wenden wir, um uns klar zu werden, bei der Lederindustrie,
unter diese würden folgende Gruppen fallen: Gerberei,
Schuhfabrikation, Gummi, Kunstschul, Sattlerei, Industrie-
lederartiger Produkte. Diese würden für sich nach einem
bestimmten und getrennten Repräsentanten ihre Betriebsräte
wählen. Deutschland würde in eine große Zahl, sagen wir
30 Betriebsräte, eingeteilt; in diesen einzelnen Bezir-
ken treten dann die Betriebsräte der ganzen Lederindustrie
zusammen und wählen Delegierte zu einem Bezirksgruppen-
rat, ebenso machen es alle anderen Industriezweige. Aus
diesen Bezirksgruppenräten der ganzen Industriezweige geht
der Reichswirtschaftsrat hervor. Dasselbe wie in diesen
Bezirken vollzieht sich im ganzen Reiche, so daß wir dort
die Reichsgruppenräte hätten, die dann den Reichswirt-
schaftsamt bilden. Die Mitglieder dieses Reichswirtschafts-
amtes können jederzeit von den Urquellen, von denen sie aus-
gegangen sind, den Arbeitern in den Betrieben, zurückge-
rufen werden. Auch brauchen diese Bezirks- und Reiche-
wirtschaftsräte keine so große Teilnehmerzahlen aufzuweisen
wie die heutigen Parlamente der einzelnen Staaten und des
Reiches. Wer wollte nun bestreiten, daß in solchen „Par-
lamenten“ für Deutschlands Wiederaufbau und seine Sozialisie-
rung das Bestmögliche geschieht würde? Dort würden
Arbeiter, Techniker, Kaufleute usw. zusammenkommen,
die unter der heutigen Produktionsform zu leiden haben,
aber auch nur mit dem einen Gedanken befaßt, die Wirt-
schaft wieder neu aufzubauen und die Gemeinschaft der
in der Wirtschaft tätigen Menschen so zu gestalten, daß sie
möglichst reich an Gemeinwohl- und Verbrauchsgütern
wären. An der Schuhindustrie ganz besonders hätten diese
B.-R. viel Arbeit zu leisten in der Hebung der Produktion
ohne größere Ausbeutung der Arbeitkraft der Kollegen, ich
denke hier an Orte wie Birmahnen, Lützkowen. Die Kran-
kheiten usw., wo die kleinen technisch rückständigen Betriebe
aufgehoben werden müßten und ihre Arbeiter technisch fort-
geschrittenen Betrieben übergeben werden. Um den Raum
unseres Fachblattes nicht so sehr in Anspruch zu nehmen,
kann ich nicht alle Fragen eingehend behandeln.

Sehen wir uns nun den Entwurf des B.-R.-Gesetzes
an, denn werden wir finden, daß gerade der Hauptzweck,
den es haben müßte, nicht erfüllt ist, daß die B.-R. die
Organisationsform sein sollen, um die kapitalistische Wirt-
schaftsform, die nur auf den Profit eingestellt ist, in die
sozialistische Bedarfswirtschaft zu überführen. Wenn wir

aber noch die einzelnen Paragraphen des Entwurfes ruhig
durchlesen, dann werden wir finden, daß sie oft bei weitem
nicht an die in der Praxis von der Arbeiterschaft schon er-
reichten Rechte heranreichen. Greifen wir nur eines heraus,
bei Entlassungen soll dem B.-R. das Einspruchsrecht
zustehen, während ökonomisch die Kollegen schon das Mit-
entscheidungsrecht haben.
Die Arbeiterschaft muß erkennen, daß ohne die heutige
Betriebsräteform in die sozialistische umzuwandeln, alle
Türen für die Menschheit verschlossen sind, um zu einer
höheren Kulturstufe zu gelangen. Und daß nur sie es ist,
die eine neue Zeit auf ihren Schultern trägt. Darum muß
ihr Wille, der bestimmende Faktor im Wirtschaftsleben zu
sein, sich immer stärker ausprägen und nach außen hin ge-
hen machen. Eine überlebte Betriebsräteform ist im Zukun-
fensbruch, aus ihr heraus muß eine neue Wirtschaftsform
entstehen. Für die ganze Menschheit gegenwärtige Betriebsräteform er-
streckt. Darum Kopf- und Handarbeiter muß euer Ruf sein:
Herbei mit der Sozialisierung, und euer Tat: Aufbau des
dazu nötigen Organisationsform. H. Witzsch.

Sozialisierung in Wort und Tat.
Wer im März und April in Berlin war, dem seien
sicher die großen Kleinfestspiele auf, auf denen mit Kleinfest-
zetteln verhandelt wurde: „Die Sozialisierung ist da!“ „Die
Sozialisierung marschieren!“ Ganz recht, die Sozialisierung
ist marschieren, d. h. zum Teufel, der auch noch die Sozialisie-
rungskommissionen geholt hat. Und alles andere, was einen
Schimmer von Sozialisierung trug, ist in der Zwischenzeit
auch noch zum Teufel gegangen.
Die Sozialisierung ist also da, d. h. beim Teufel!
So hat die gegenwärtige sozialistische Regierung die
Proletariat eingeteilt, und heute ist über allen Sozialisierungs-
worte ein Haufen. Unser Wirtschaftsleben liegt zu
dornen, um sozialisieren zu können, so schallt es uns aus
dem Regierungs- und Bourgeoisblattes entgegen. Die
Schwierigkeiten sind zu groß, um mit der Sozialisierung zu
beginnen und die alten und die neuen Geheimen Regierungs-
räte finden und erkennen immer neue Schwierigkeiten, um
nur in den heiligen Rost zu reiten.
Sehen wir uns einmal das finanz- und wirtschaftlich
viel bedräugendere Deutschland an. Da marschieren die Sozialisie-
rung wirklich, da geht man von Worten zur Tat über.
Die „Wiener Arbeiterzeitung“ berichtet über „Die erste So-
zialisierung“:
Die Regierung hat gestern beschlossen, eine gewerkschaftliche
Anstalt zu errichten, die den Namen „Gemeinsame Leder- und
Schuhfabriken“ führen wird. Damit findet das Gesetz über die
gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, das die Nationalver-
sammlung am 29. Juli beschlossen hat und das die Rechtsform der
sozialisierten Unternehmungen regelt, zum erstenmal seine
Anwendung. Es ist der erste praktische Schritt zur Sozialisierung eines
wichtigen Industriezweiges, der beschlossen worden ist. Und
wenn auch die Sozialisierung hier vorerst nur auf einem eng
begrenzten Gebiet erfolgt, so ist doch die Bedeutung dieses
Schrittes nicht gering zu schätzen. Denn wenn irgendwo, so
es auf diesem Gebiete wahr, daß die praktische Maßregel
wichtiger und wirksamer ist als ein Duzend theoretischer
Programme.
Als Ausgangspunkt der Sozialisierung beruht der
Staat in diesem Falle eine Größkraft, die ihm der Krieg
verlassen hat. Die Herrensammlung hat während des
Krieges in dem Kontinent in Form von 8000 eine
große Betriebsunternehmung errichtet. Die Arbeit war
Gegenstand des Militärs, sie wurde aber nicht dem Staat
selbst betrieben, sondern kapitalistischen Unternehmern zum
Betriebe überlassen. Neben der Bremer Betriebsunternehmung
ist auch der Staat auch eine Subjekt in dem
Wirtschaftsleben. Nach dem Kriege tauchte nun
die Frage auf, was mit diesen Betrieben geschehen sollte. Die
Regierung will sie nicht mehr kapitalistischen Unternehmern
zum Betriebe überlassen, aber auch nicht als Staatsbetriebe
unter direkter Verwaltung betreiben; sie soll sich be-

abende 8 Uhr
abende 7 1/2 Uhr
abende 7 Uhr
abende 6 1/2 Uhr
abende 6 Uhr
abende 5 1/2 Uhr
abende 5 Uhr
abende 4 1/2 Uhr
abende 4 Uhr
abende 3 1/2 Uhr
abende 3 Uhr
abende 2 1/2 Uhr
abende 2 Uhr
abende 1 1/2 Uhr
abende 1 Uhr
abende 1/2 Uhr
abende 0 1/2 Uhr
abende 0 Uhr

Der erschlossen, hier zum erstenmal die neue Rechtsform der
gemeinwirtschaftlichen Anstalt anzunehmen.

Die neue Anstalt wird vom Staat gemeinsam mit der
Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine als der Vertreterin
der städtischen Konsumenten und mit der Landwirtschaftlichen
Warenerwerbsstelle als der Vertreterin der ländlichen
Konsumenten gegründet. Der Staat übergibt der Anstalt
die Leberortionsanstalt in Brunn am Gebirge, die
Schuhfabrik in Mitterndorf und außerdem ein Fabrikgebäude
in Wien, in das die Einrichtungen der Mitterndorfer
Fabrik übertragen werden sollen, da diese Fabrik nicht in
Mitterndorf, sondern in Wien weiterbetrieben werden soll.
Die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine und die
Landwirtschaftliche Warenerwerbsstelle stellen der neuen
Anstalt das Betriebskapital bei.

Die Anstalt wird von der Anstaltsverwaltung geleitet
werden, welche in folgender Weise zusammengesetzt wird:
drei Mitglieder der Anstaltsverwaltung werden vom Staat
bestimmt, und zwar ein Mitglied des Staatsamts für Finanzen,
zwei Mitglieder des Staatsamts für Handel und Gewerbe.
Weiter werden die Vorsitzenden der Mitterndorfer
Fabrik übertragen werden sollen, da diese Fabrik nicht in
Mitterndorf, sondern in Wien weiterbetrieben werden soll.
Die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine und die
Landwirtschaftliche Warenerwerbsstelle stellen der neuen
Anstalt das Betriebskapital bei.

Der Zusammenbau der Anstaltsverwaltung entspricht
auch die Verteilung der Erträge der Anstalt. Wenn die
Betriebe einen Reingewinn abwerfen, so muß die
Anstaltsverwaltung einen Teil den Arbeitern und
Angestellten zuweisen. In der Regel wird den Arbeitern und
Angestellten ein Viertel des Reingewinns zufallen; dieser
Bemerkenswert wird dem Betriebsrat überweisen, der über seine
Verwendung selbständig entscheidet. Die verbleibenden drei
Viertel des Reingewinns werden auf den Staat, die Großeinkaufsgesellschaft
der Konsumvereine und die Landwirtschaftliche Warenerwerbsstelle
zu gleichen Teilen verteilt.

Innerhalb unserer Schutz- und Lederindustrie wird die
neue gemeinwirtschaftliche Anstalt große Bedeutung
erlangen. In jüngster Zeit machten sich in der Schuhindustrie
Bestrebungen zur Bildung eines kapitalistischen Trübs der
Schuhbetriebe unter Führung der Allgemeinen österreichischen
Schuhbetriebsgesellschaft bemerkbar. Nun unterliegt es
keinem Zweifel, daß die Zentralisierung, Mechanisierung
und Spezialisierung unserer Schuhindustrie notwendig sind,
wenn sie nicht dem ausländischen Wettbewerb erliegen soll.
Aber wir können nicht wünschen, daß sich die unvermeidliche
Zentralisierung unter der Führung einer kapitalistischen
Unternehmung vollzieht, nicht wollen, daß ein kapitalistischer
Trübs die monopolistische Herrschaft über unsere Schuhindustrie
erlangt. So notwendig die Zentralisierung ist, so soll sie
sich doch nicht unter der Führung einer kapitalistischen
Unternehmung, sondern unter der Leitung einer gemeinwirtschaftlichen
Anstalt, nicht im Interesse des Kapitals, sondern
im Interesse der städtischen und der ländlichen Konsumenten
einerseits und der Arbeiter und der Angestellten der
Schuhindustrie andererseits vollziehen. Das nun ist die
Aufgabe der neuen gemeinwirtschaftlichen Anstalt. Sobald
ihre beiden Betriebe im Gange sein werden, wird sie das
gute Unternehmen in unserer Schuhindustrie sein. Denn
in ihren beiden Betrieben werden ungefähr 900 000 Paar
Schuhe jährlich erzeugt werden können, das ist ungefähr ein
Drittel unserer gegenwärtigen Schuhproduktion und ungefähr
ein Lebensjahr unseres normalen Schuhbedarfs. Damit aber
wird die neue Anstalt sich nicht begnügen dürfen. Ihre Aufgabe
wird es sein, auch andere Unternehmungen der Schuhindustrie
und der Lederindustrie unter ihre Kontrolle zu bringen.
Zunächst wird es der neuen Anstalt hienichtlich
möglich sein, gemeinsam mit der städtischen Landesregierung
die Einrichtungen der Leberortionsanstalt in Östting
zur Gründung einer weiteren gemeinwirtschaftlichen Schuhfabrik
zu verwenden. Uebrigens aber besteht die Absicht,
auch größere private Unternehmungen in der Schuh- und
Lederindustrie in Aktiengesellschaften gemeinwirtschaftlichen
Charakters zu verwandeln, die unter die Kontrolle der
neuen Anstalt gestellt werden.

Aber die Bedeutung der neuen Anstalt ist auf den
Bereich der Schuhindustrie nicht beschränkt. Zum erstenmal
wird hier der Versuch unternommen, eine Unternehmung zu
gründen, in der nicht mehr das Kapital die Arbeitskraft
kommandiert, sondern sich der Staat als der Vertreter der
Gesamtheit der Verbraucher, deren Bedarf das Unternehmen
befriedigen soll, und die Angestellten und Arbeiter, die in
dem Unternehmen arbeiten, zu gemeinsamer Führung eines
großen Unternehmens bereinigen. Wenn dieser Versuch
gelingt, so wird er wirksamer, als es die wirtschaftliche
Bemerkenswert ist, daß die Vorurteile gegen die
Sozialisierung gestirnen, dem Sozialisierungsgebunden neue
Kritiker werden, keine Anwendung auf andere Industriezweige
erzielt werden.

Besonders wichtig erscheint es uns, daß mit der Großeinkaufsgesellschaft
unserer Konsumvereine auch die Vertreter

der bäuerlichen Konsumenten an der Gründung und Leitung
der gemeinwirtschaftlichen Anstalt teilnehmen. Gerade
jetzt wird von den großindustriellen, aber auch von christlich-
sozialen Demagogen eine lebhafteste Agitation gegen die Sozialisierung
in der Bauernschaft getragen. Bauerntage be-
schießen Protestresolutionen gegen die Sozialisierung, obwohl
ihre Teilnehmer schwerlich wissen, was die Sozialisierung
ist und was sie bedeutet. Desto wichtiger ist es, der
Bauernschaft durch praktische Versuche zu zeigen, daß die
Sozialisierung der industriellen Großbetriebe nicht nur im
Interesse der städtischen, sondern ganz ebenso auch im
Interesse der ländlichen Verbraucher liegt; daß die Sozialisierung,
die die Herrschaft über die Betriebe den Kapitalisten
entwindet und an ihre Stelle den Staat, die Verbraucher
und die Arbeiter setzt, den bäuerlichen Organisationen ganz
so wie den Organisationen der städtischen Verbraucher die
Herrschaft über die Betriebe gibt, die ihren Bedarf zu
decken bestimmt sind. Es ist auszusprechen, die Sozialisierung
gegen den Willen der Bauernschaft durchzuführen; desto
wichtiger ist es, die Bauernschaft für den Gedanken der Sozialisierung
zu gewinnen. Dazu scheint uns das unmittelbarste
Zusammenwirken des Staates und der Arbeiterorganisationen
mit den Organisationen der Bauernschaft bei der
Gründung und Leitung sozialisierter Unternehmungen das
beste Mittel zu sein; denn die Bauernschaft wird ihre
Vorurteile gegen die Sozialisierung nur dann überwinden, wenn
die Sozialisierung ihr selbst unmittelbaren Gewinn, ihren
Organisationen unmittelbaren Machtzuwachs bringt. Darum
halten wir es für einen prinzipiell wichtigen, für die
Zukunft bedeutsamen Erfolg, daß an dieser ersten
praktischen Sozialisierungsaktion auch die Vertreter der bäuerlichen
Organisationen teilnehmen.

Die Regierung hat zur Teilnahme an der Gründung der
gemeinwirtschaftlichen Anstalt ursprünglich alle Deutsch-
österreichische Landwirtschaften eingeladen. Die Landwirtschaften
haben sich jedoch nicht entschließen können, sich selbst an
der Gründung zu beteiligen, da ihr die notwendige Organisation
zum Betrieb der Schuhe fehlte. Daher wurde im
Einvernehmen mit der Landwirtschaften die zwar vom
Staatsamt für Volksernährung errichtete, aber von den
bäuerlichen Organisationen kontrollierte und in stetiger
Verbindung mit den bäuerlichen Organisationen stehende
Landwirtschaftliche Warenerwerbsstelle zur Gründung der
gemeinwirtschaftlichen Anstalt herangezogen. Die Landwirtschaftliche
Warenerwerbsstelle hat hauptsächlich die Aufgabe,
die Aufbringung von Lebensmitteln aus unserer Landwirtschaft
dabei zu fördern, daß sie den Landwirten Industrie-
produkte zum Austausch gegen Lebensmittel oder als
Prämien für die Ablieferung von Lebensmitteln anbietet.
Ihre Beteiligung an der gemeinwirtschaftlichen Schuhfabrik
wird es ihr daher ermöglichen, nicht nur der Bauernschaft
möglichst viel gute Schuhe zuzuführen, sondern auch
durch ihre Organisation des Betriebes der Schuhe die Auf-
bringung von Lebensmitteln zu fördern und dadurch mittelbar
auch den städtischen Verbrauchern zu nützen. Andererseits
aber wird natürlich die Großeinkaufsgesellschaft der
Konsumvereine über die andere Hälfte der Erzeugnisse der
gemeinwirtschaftlichen Schuhfabrik verfügen und sie durch
die ihr angeschlossenen Konsumvereine den städtischen, ins-
besondere den proletarischen Verbrauchern zuführen. Es
wird freilich noch längere Zeit währen, bis die neue Anstalt
ihre Aufgaben wirklich voll erfüllen können. Die Betriebe,
die, erst eingerichtet, ihren neuen Aufgaben erst angepaßt
werden müssen, werden erst in einigen Wochen in Gang
kommen können und auch dann wird natürlich der Mangel an
Kohle und an Leder die Ausnutzung ihrer vollen Leistungsfähigkeit
zunächst hemmen. Aber der erste Schritt ist nun
auch getan und damit ist ein Unternehmen begonnen, das
nicht nur unsere Verlorenung verbessert, sondern auch und
vor allem den Gedanken der Sozialisierung praktisch erproben
läßt. Ihm durch praktische Bewährung in einem Industriezweig
auch den Weg in andere Industriezweige bahnen soll.

Die gemeinwirtschaftliche Verarbeitung der Schuhfabrik
in Brunn und Mitterndorf bietet ein gutes Beispiel
dafür, wie das erste verschiedenartigste Betriebe, das die
Kriegswirtschaft unserem Staat hinterlassen hat, in den
Dienst der Sozialisierung gestellt werden kann. Das
Bureau der Sozialisierungskommission, das den nunmehr
verwirklichten Plan entworfen hat, bereitet eine Reihe ähnlicher
Sozialisierungsaktionen vor. Wir hoffen, bald über
die Durchführung dieser anderen Pläne berichten zu
können.

Beschlüsse des Bureaus des Internat. Gewerkschaftsbundes.

Am 2. bis 4. Oktober hat in Amsterdam eine Sitzung
des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt-
gefunden. Bezüglich der Zulassung der deutschen und öster-
reichischen Vertreter zur Washingtoner Konferenz hat sich
das Bureau auf den Standpunkt gestellt, daß die getroffene
Angelegenheit, daß die betreffenden Delegierten nicht direkt
eingeladen werden, sondern daß ihnen freigestellt wird, nach
Einerlei zu kommen, um von der Konferenz selbst zu er-
fahren, ob sie zugelassen werden, was eine Formale sei.
Man glaube daher die Bedingungen des Amsterdamer
Internationalen Gewerkschaftskongresses erfüllt und bei
dem Internationalen Bund angeschlossenen Gewerkschaften
aufgefordert, Vertreter zu entsenden.

Weiter wurde beschlossen, in Washington ein Bureau
einzurichten und die Arbeiterbewegung und ihre Vertreter dar

Zusammenkunft in Konferenz zu einer Besprechung
mengenüberufen.

Für die Zwecke des Amsterdamer Bureaus soll
Haus angekauft werden. Vom 1. Januar ab soll in
italien in französischer, englischer, deutscher und
Sprache herausgegeben werden; für später wurde
nicht genommen, noch eine spanische Sprache
hinzuzunehmen.

Das Bureau wird monatlich zusammenkommen; die
Zusammenkunft des Vorjahres soll im März 1920
finden. Wegen des Standes der Sozialisierung in
einigen Ländern sollen den Bundeszentralen Fragebogen
gehen. Betreffend eine Unterlegung der Verhältnis-
Kundung wurden Schritte eingeleitet; auch soll verfu-
den, eine Besserung der Lage der Gewerkschaften in
Balkanstaaten herbeizuführen.

Die französische Regierung und den Obersten
Entente soll wegen schlechterer Heimsendung der Kräfte
genannt herangerechnet werden.

Die Argentinischen Gewerkschaften wurden in der
Internationalen Bund aufgenommen; die beiden argen-
tinischen Vertreter Argentinens wurden ersucht, auf den
Gewerkschaften der übrigen Länder Südamerikas
zu wirken.

Die nächste Sitzung soll am 11. Dezember stattfinden.

Die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1919.

Für das 3. Quartal 1919 — Schlußtag der Arbeits-
zählung am 27. September 1919 — berichteten 248
Stellen mit 14 593 männliche und 32 718 weibliche,
77 311 Mitglieder. Aus 68 Orten mit 3197 männ-
lich und 1796 weibliche, zusammen 4993 Mitglieder gingen
Berichte ein.

Unter Einrechnung der Einzelmitglieder der Frauen
und die der Bezirke ergibt sich eine Gesamtzahl
von 47 991 männliche und 34 573 weibliche, zusammen
82 564 Mitglieder. Die höchste Prozentzahl an Arbeitslosen
am Schluß der Landesteil Schützen-Heim-Verband
6,1 Proz. auf. Schützen-Polen und Schützen-Verband
haben den nächsthöchsten Prozentfuß mit 2,0 Proz. be-
tragen.

Unter der Durchschnittsziffer für das Reich (11,1
blieben die Landesteile Berlin-Brandenburg, Provinz
Hannover-Braunschweig, Hessen-Nassau, die
rechts des Rheins, Württemberg-Baden und die
Pfalz.

Den niedrigsten Prozentfuß der Arbeitslosigkeit
Westfalen-Lippe mit 0,1 Proz. auf; während
Westpreußen-Bommern am Schluß keine Arbeits-
losen hatte.

Die Zahlstelle Homburg hatte am Schluß 118 Ar-
beitslose.

Die weibliche Arbeitslosenziffer ist in Leipzig mit
Breslau mit 6, und in Weiskow mit 26 erreicht.
Bismarcks mit 7274 Mitgliedern und 32 Arbeitslosen
Erfurt 4649 Mitgliedern und 5 Arbeitslosen am
haben sich von den vorstehenden hohen Prozentfuß
zu ab. Im ganzen wurden von den 77 311 von der
richtigermaßen erfassten Mitgliedern 871 Arbeitslose an
und 3 auf der Karte gezählt. Ende Juli waren von
bestehenden Mitgliedern 528, Ende August von
richtigen Mitgliedern 1174 am Ort und auf der Karte
beizulassen.

Auf je 100 Mitglieder entfielen demnach 0,7 Arbeits-
lose am Schluß der vierten, 1,7 Arbeitslose am Schluß
des ersten und 1,1 Arbeitslose am Schluß der dritten
Quartalswoche.

Der Stand der weiblichen Arbeitslosen betrug am
Schluß des Juli 0,8, August 1,7 und September 1,1
am Schluß des dritten Quartals wurden 408 weibliche
männliche und 468 arbeitlos, je weibliche Mitglieder
Ort und auf der Karte.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosenzifferungen im
Quartal betrug 1768 am Ort und 41 auf der Karte; bei
1003 männliche und 824 weibliche, zusammen am Ort
auf der Karte 1827 Mitglieder. Gegenüber dem
Quartal 1919 ist die Zahl der Arbeitslosenzifferungen
zunehmend.

Die Arbeitslosenzifferungen stehen im gleichen Verhältnis
dem zweiten Quartal, sie sind mit 35073 Lage um
Lage geringer als im zweiten Quartal 1919.

Die männliche Mitglieder kamen in 478 Fällen für
Lage der Betrag von 9388,25 Mfr., ein weibliche
in 250 Fällen für 4953,25 Mfr. 2972,90 Mfr. Arbeitslosenziffer-
zahlung zur Ausschüttung auf der Karte wurden
männliche und ein weibliche Mitglied für 137 Tage
ausbezahlt. Zusammen wurden in 769 Fällen für
Lage 12 498,25 Mfr. Arbeitslosenzifferungen am Ort
auf der Karte bezahlt. Gegenüber dem zweiten Quartal
hatten wir wieder einen erfreulichen Mitgliederzuwachs
nämlich 6180 männliche und 3440 weibliche, zusammen
9620 Mitglieder.

Da eine Anzahl Substellen in der Gründung
sind, diese aber von der Berichterstatterung nicht erfaßt
sind, so kann der Gesamtmitgliederbestand mit 82 564
gliedern nicht als erschöpfend angesehen werden.

Wie sich in den kommenden Monaten die Arbeits-
losigkeit in unserem Berufe auf Grund der Aufhebung
Zwangswirtschaft in der Lederindustrie verhalten
wird, bleibt abzuwarten. Wegen Unbesetzung
Bismarcks unterer Commission können ab-

Sache unserer Organisations wird es aber sein...

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1918.

Die Wiener Gewerkschaftskommission hat eben ihren Bericht für 1918 veröffentlicht... Die Wiener Gewerkschaftskommission hat eben ihren Bericht für 1918 veröffentlicht...

Table with 3 columns: Year, Male Members, Female Members. Data for 1913-1918.

Im Jahre 1913 waren von der Gesamtzahl der Mitglieder 11,4 Prozent weiblich, 1918 aber 25,6 Prozent.

Einige an Mitgliedern verzeichnete diese Verbände... Einigen großen Teil der Metall- und Legierindustrie sowie...

Einigen großen Teil der Metall- und Legierindustrie sowie... Einigen großen Teil der Metall- und Legierindustrie sowie...

Einigen großen Teil der Metall- und Legierindustrie sowie... Einigen großen Teil der Metall- und Legierindustrie sowie...

Einigen großen Teil der Metall- und Legierindustrie sowie... Einigen großen Teil der Metall- und Legierindustrie sowie...

Art des Unterstüßungs- Kronen In Prozent der Gesamtausgaben

Table with 3 columns: Category, Kronen, In Prozent der Gesamtausgaben. Categories include Reiseunterstützungen, Arbeitslosenunterstützungen, etc.

Seit 1901 wurden 46,8 Millionen Kronen für Unterstüßungen (ohne Erweichung der Strafs, Ausparierungen und Gemäßigungen) verausgabt.

Der Vermögensbestand betrug Ende 1918 18,7 Millionen Kronen, verglichen mit 16,6 Millionen Kronen Ende 1917.

Löhne in der Schuhindustrie in Holland.

Von den Arbeitern der Schuhindustrie, die dem Red. R. R. Bond von Schoenfabrikanten angehängt sind, ist ein Kollektiv-Arbeitsvertrag ausgearbeitet worden...

Schuhindustrie und -einfuhr in Argentinien.

Nach Oeffnung der Grenzen werden wohl viele der durch den Ruin unserer Schuhindustrie brotlos gewordenen Arbeiter ihr Glück in überseeischen Ländern versuchen.

Im Jahre 1913 gab es in Argentinien 35 093 gewerbliche Betriebe mit 323 702 Arbeitern und Motoren mit 406 492 P.S. Auf die Hauptfabrik Buenos Aires allein kamen...

Dem Bedarf genügt die Erzeugung der einheimischen Schuhindustrie lange nicht. Argentinien bezog in dem Jahresfünft 1910/14 im ganzen 296 538 Dutzend Paare Schuhe...

In Argentinien selbst wird zumeist schweres Sohlenleder hergestellt, dagegen nur ein kleiner Teil des Oberleders. Die feineren Lederarten kommen fast ausschließlich aus dem Ausland...

Aus unserem Beruf.

Schwerliche Situation der belgischen Schuhindustrie. Nach dem Brüssel. "Sol" sagt man in der Schuhindustrie sehr über schleppenden Geschäftsgang...

Schuhpreise in England. Kriegeerhöhung und Kriegeerhöhung. Hören in England jetzt der Bergangzeit an. Die Preise sind für alles andere Schuhwerk aber enorm gestiegen...

Mitteilungen.

Coblenz. Auch hier am Orte hat sich die Schuhindustrie sehr gut entwickelt. Nun suchen die beiden Firmen Wieg und Kaufmann Arbeitsträger von auswärtig heranzuziehen.

